

Geschäftszeichen (bitte angeben)

LZ 8

Lina Fustok

Referentin Communitys-orientierte
politische Bildung

Tel. +49 30 90227 4968

lina.fustok@senbjf.berlin.de

Hardenbergstraße 22-24, 10623
Berlin

01.10.2026

Interessenbekundungsverfahren für ein Förderprojekt gem. § 44 LHO (Zuwendungen) zur
Durchführung eines Projekts **zur Stärkung der politischen Bildung und politischen Teilhabe
türkeistämmiger Menschen**

1. Ausgangslage

Mit einer groß angelegten empirischen Studie des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) aus dem Jahr 2020 wurde empirisch sichtbar, was nachfolgende Studien weiter bestätigen. Politische Teilhabe ist in Deutschland sehr unterschiedlich ausgeprägt, dies betrifft insbesondere auch Menschen mit unterschiedlichen Migrationsgeschichten. Die Ursachen sind vielfältig. Aus diesem Grund fördert die Berliner Landeszentrale für politische Bildung bereits seit etwa fünf Jahren Projekte, die politische Bildungsangebote unter anderem mit türkeistämmigen Communitys umsetzen.

Aktuell leben etwa **200.000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Berlin**, etwa die Hälfte haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Mehr als jede*r 10. ausländische Staatsbürger*in in Berlin besitzt die türkische Staatsangehörigkeit. Die Communitys der Türkeistämmigen haben sich dabei deutlich diversifiziert. War die Zuwanderung von Menschen aus der Türkei vor allem von Arbeitsmigration über das Anwerbeabkommen geprägt und später von Familiennachzug, hat der Zuzug von **Fachkräften, Studierenden und Asylsuchenden** an Bedeutung gewonnen. Dies stellt neue Anforderungen an die politische Bildung mit türkeistämmigen Menschen.

Auch das Thema **Staatsbürgerschaft** gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft und die Reduktion von Hürden bei der Einbürgerung führt zu einem deutlichen Anstieg der Einbürgerungszahlen türkeistämmiger Menschen. Sie stellen in Berlin die zweitgrößte Gruppe der Eingebürgerten mit mehr als 4.000 Einbürgerungen in Berlin alleine im Jahr 2025.

Diese **dynamische Ausgangslage** bildet die Grundlage für die Konzeption der geförderten politischen Bildungsangebote. Durch das geplante Projekt sollen Selbstorganisationen unterstützt werden, passgenaue Angebote der politischen Bildung zur Steigerung der politischen Teilhabe zu entwerfen und durchzuführen. Es sollen (politische) Interessen erkundet und Angebote entwickelt werden, die sowohl inhaltlich als auch räumlich dem Alltag der Menschen entsprechen. Es ist eine größere Glaubwürdigkeit und Akzeptanz bei Projekten durch Selbstorganisationen zu erwarten. Die Angebote können so selbstbestimmt innerhalb der jeweiligen Netzwerke entwickelt und durchgeführt werden.

Es können Projekte im finanziellen Umfang von **jährlich 30.000 € bis 50.000 €** eingereicht und es müssen Eigenmittel von **10 Prozent** eingebracht werden.

2. Vorhaben

Die Grundidee: Die von den Angeboten erreichten Menschen sollen in ihrer politischen Handlungs- und Urteilsfähigkeit gestärkt werden und lernen, eigene Interessen in den gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen. Sie sollen als politische Subjekte in Anerkennung ihrer Ressourcen angesprochen werden.

Was verstehen wir unter „politischer Teilhabe“? Unter „politischer Teilhabe“ verstehen wir dabei vielfältige Formen von politischem und gesellschaftlichem Engagement. Das kann das aktive Mitwirken in einer Partei sein, genauso aber auch in einem Verein, einer Initiative, in einer Elternvertretung oder einer Initiative im Stadtteil. Auch die Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe bei Selbstvertretungen und die Teilnahme bei der Vorbereitung von Demonstrationen, Unterschriftenlisten oder Veranstaltungen werden aufgezeigt. Die Menschen werden dabei unterstützt, ihren eigenen Weg zur gesellschaftlichen Mitgestaltung und zur Vertretung ihrer Interessen zu finden und werden ermutigt, diesen entschlossen zu gehen.

Welche Projektbestandteile soll es geben? Das Projekt kann sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzen. Es gibt keine festen Vorgaben zur Ausgestaltung des Projektes,

wichtig ist, dass es in Reflexion über mögliche Hürden und Zugänge passgenau entwickelt wird. Folgende Elemente kann das Projekt enthalten:

- **Begegnung mit Politiker:innen:** Dabei kann es sich um Begegnung mit Politiker:innen handeln, die selbst eine Zuwanderungsgeschichte haben oder auch nicht. Wichtig ist, dass Teilnehmende angemessen vorbereitet und die Räume so ausgestaltet und moderiert werden, dass die Teilnehmenden sich zur Beteiligung am Gespräch ermutigt fühlen und in den Diskurs treten. Die Angebote sollten nachhaltig sein, sodass hieraus politische Impulse, Inhalte für den weiteren Projektablauf oder Initiativen entwickelt werden. Auch das Netzwerk zwischen Entscheidungstragenden und türkeistämmigen Communitys soll gestärkt werden.
- **Workshop- und Veranstaltungsformate,** die Lerngelegenheiten schaffen und politische Teilhabemöglichkeiten vermitteln. Die Workshops sollten die Urteils- und Handlungsfähigkeit im gesellschaftspolitischen Diskurs stärken und zu politischem und gesellschaftlichem Engagement motivieren. Das Angebot sollte passgenau und barrierearm gestaltet sein und sichere und vertraute Räume schaffen.
- **Tandem- und Vernetzungsformate** zwischen türkeistämmigen Menschen, Verwaltung, Politik, Beiräten und Interessenvertretungen. Diese Formate fördern einen direkten Austausch von Perspektiven und schaffen Verständnis für die jeweils andere Perspektive. Darunter fallen auch Formate, die türkeistämmige Menschen motivieren, sich selbst in Politik, Beiräten oder Interessenvertretungen zu engagieren, indem sie in diesem Prozess begleitet werden.
- **Elternarbeit in Kita und Schule** ist ein wichtiger Teil politischer Teilhabe. Träger entwickeln hier Angebote, die über Möglichkeiten elterlichen Engagements informieren, die Sicht auf Elternschaft als politische Handlungsperspektive stärken und Teilnehmende motivieren, sich zu engagieren.

Die fachliche Begleitung und Koordination der Projekte sowie die Vorbereitung der Workshops findet statt durch eine Projektkoordinatorin oder einen Projektkoordinator in der umsetzenden Organisation.

Für das Projekt ist die Durchführung eines Verfahrens der Selbstevaluation vorzusehen. Die Ergebnisse dieser sollten nachvollziehbar für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Projekts genutzt werden.

3. Zeitplan

Das Projekt soll **im Zeitraum 01.01.2027 bis 31.12.2029** umgesetzt werden. Idealerweise sollen dabei Konzepte, Kooperationen und Netzwerke entstehen, die auch in den Folgejahren für weiterführende Angebote der politischen Bildung nutzbar gemacht werden können.

Anforderung an Träger und Interessenbekundung

Interessenbekundungen werden erbeten von Organisationen wie Vereinen, NGOs aus den Communitys, die über Erfahrung in der Umsetzung von Projekten mit türkeistämmigen Menschen verfügen, nach Möglichkeit mit Bezug zu den Themen politische Teilhabe und gesellschaftliche Mitgestaltung. Bevorzugt werden Interessenbekundungen von Organisationen mit Migrationsbezug berücksichtigt.

Erforderlich ist die Einreichung folgender Unterlagen:

- Kurzkonzzept für die Durchführung des Projektes (max. zwei DIN A 4 Seiten)
- Finanzkalkulation zur Umsetzung der Projektmittel
- Selbstdarstellung mit Nennung von Referenzprojekten (max. zwei DIN A 4 Seiten)
- Angabe einer Kontaktperson mit E-Mail-Adresse und Telefonnummer

5. Kriterien für die Auswahlentscheidung:

Alle eingehenden Interessensbekundungen werden nach gleichen Maßstäben nach den folgenden Kriterien bewertet. Die Relevanz der einzelnen Kriterien ergibt sich aus der prozentualen Gewichtung:

- Stimmigkeit des Konzepts und Angemessenheit der Ansprache von Erwachsenen (Zugang zu potenziellen Teilnehmer:innen), Beachtung der Grundlagen der politischen Bildung (50%)
- Nachgewiesene Expertise des/der Einreichenden in Bezug auf die vorgeschlagenen Aktivitäten (30%), gemessen an benannten Referenzprojekten bzw. Erfahrungen und Qualifikation der Mitarbeitenden
- Verhältnis von Kosten zu den erwartenden Effekten (20%) gemessen an der Wirtschaftlichkeit des Angebots und den zu erwartenden Effekten bezüglich der Zahl der erreichten Teilnehmenden, der Intensität der Bildungsangebote und bezüglich der Nachhaltigkeit des Angebots

6. Einreichung:

Die Interessenbekundung muss **bis Mittwoch, den 04.11.2026, 18.00 Uhr** (Poststempel oder E-Maileingang) eingereicht werden.

an:

Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Lina Fustok
LZ 8 Communitys-orientierte politische Bildung
Hardenbergstr. 22-24
10623 Berlin

oder

lina.fustok@senbjf.berlin.de.